

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

173 (29.7.1931)

Nachdem aber der französische Politiker offen eine solche Kritik an seinem Kriegsminister übt, besteht auch für die deutsche Antikriegspropaganda kein Anlaß, diese Abwehr Paul Faures nicht zu unterschreiben.

Solche Hezereien eines fanatischen Militärs sind gerade in solchen Tagen, wie wir sie erleben, Verrat an der Menschheit!

Wir deutschen Republikaner, die wir in der Annäherung, in dauernder Freundschaft und freundschaftlichem Zusammenarbeiten mit Frankreich das einzige Mittel zur Befriedung Europas erblicken, danken Paul Faure für diese mutige und eindeutige Abfuhr seines französischen Kriegsministers, da sie der Hezpropaganda unserer deutschen Nationalisten den Wind aus den Segeln nimmt.

Hinter Paul Faures stehen viele Millionen Franzosen, steht das arbeitende französische Volk, das weiß, daß in jedem Krieg in allen Ländern es im vordersten Graben sich verbluten muß, während die eigentlichen Hezer zum Krieg in der Stuppe ein wohliges Leben führen. Und doppelten Kriegsgehalt beziehen und rascher in der Gehaltsklasse aufsteigen als im Frieden!

Zur Judasrolle der SPD

In einem in Abscheu und Umgehung erscheinenden Blatt finden wir folgenden Appell gegen den Stahlhelm-Volkssentscheid.

Jede Teilnahme an der Abstimmung am 9. August ist eine Zustimmung zum offenen Faschismus, eine Zustimmung zur unverhüllten Diktatur, zu noch brutaleren Unterdrückungsmethoden. Der 9. August ist die Heerfahrt der finsternen Reaktion. Stahlhelm-Volkssentscheid ist offene Kriegsbeute, ist forcierte Rüstung, ist neuer Zollwucher, ist neuer Lohnabbau, ist weitere Massenverelendung.

Arbeiter, Angeestellte, Kleinbauern, Kleinsparer, Erwerbslose, all ihr Unterdrückten und Unmündigen! Alle Vertreter des kapitalistischen Systems, welches keinen Ausweg aus der entsetzlichen Krise zeigen kann, führen das Volk immer tiefer ins Elend hinein.

Darum acht nicht zum Stahlhelm-Volkssentscheid! Wer ist das Blatt, das so scharf gegen den Volkssentscheid loslegt? Es ist „Der Rote Beobachter für Abscheu und Umgehung“, ein kommunistisches Organ der Richtung des Reichstagsabgeordneten Thälmann. Allerdings ist sein Appell ein oder zwei Tage, bevor Thälmann und Genossen in die faschistische Front einschwenken, erschienen. Aber nur Idioten wird diese Gesellschaft weismachen können, daß heute förmlich nicht mehr gelten soll, was sie gestern noch als pure Wahrheit haben verkündet lassen.

In der SPD herrscht wegen der aus Angst vor einem Verbot erfolgten Beteiligungspartei am faschistischen „Volkssentscheid“ das größte Durcheinander. Sämtliche beurlaubten Parlamentarier der SPD sind zurückgerufen, um den rebellierenden und unglückseligen die Verbrüderung mit dem Stahlhelm und den Nazis schmachtlich zu machen. Den berufsmäßigen Verwandlungskünstlern des JA, jedoch werden die noch vor wenigen Tagen erschienenen parteioffiziösen Schriften und Artikel der SPD-Zentrale entgegengestellt. So verlangt die von der SPD herausgegebene Monatschrift „Der Propagandist“ noch in der Julinummer die „Vorbereitung des Kampfes gegen den Stahlhelmsentscheid“. Jetzt wird den SPD-Mitgliedern zugemutet, das Gegenteil dessen zu glauben, was ihnen wenige Stunden zuvor noch zur Pflicht gemacht wurde.

Wie die Stimmung unter den SPD-Mitgliedern ist, verriet das rechtskommunistische Oppositionsblatt. Danach erklärte ein kommunistischer Funktionär auf die Frage, was er zum Volkssentscheid sage: „Wenn du die Schnauze halten kannst, dann will ich dir eines sagen, ich halte das für unerhörte. Die ganze Partei ist damit überfordert worden. Man könnte sich die Haare ausraufen. Untere ganze Verbindung mit den SPD-Arbeitern geht bei diesem Krampf flöten. Und selbst wenn wir durchkommen, werden die Nazis die Gewinner sein.“

Daß die Parteimitgliedschaft der SPD, um ihre Auffassung nicht gefragt werden soll, geht aus der Anweisung hervor, Diskussionen über den Beschluß der Zentrale nicht zuzulassen. In einer Berliner Funktionärerversammlung wurde nach Thälmanns Referat von vornherein jede Diskussion abgelehnt. Der kommunistischen Opposition zufolge ist es ein Schwindel, wenn die Rote Fahne davon schreibt, daß die Diskussionsunterbindung „mit förmlichem Befehl“ aufgenommen worden wäre. Der Leiter der Versammlung, der Berliner Parteisekretär Ulbricht, habe wohlweislich unterlassen, die Frage zu stellen, wer gegen die Unterbindung einer Diskussion sei oder wer sich der Stimme enthalte. Dabei habe sich die Funktionärerversammlung zumeist aus Angehörigen der Partei, der russischen Handelsvertretung und anderen beforderten Funktionären zusammengesetzt.

Die Brandleropposition richtet an die Mitglieder der SPD einen offenen Brief, in dem aufgefordert wird, offen gegen den Beschluß der Zentrale Einspruch zu erheben und die Teilnahme der SPD an dem von den Faschisten eingeleiteten Volkssentscheid zu verhindern. Die kommunistische Arbeit in dem Betrieb und in den Gewerkschaften wäre unmöglich, wenn die Belegschaften die kommunistischen Kollegen an einer Aktion teilnehmen sehen, die von faschistischen Streikbrechern und Arbeitermördern eingeleitet wurde und durchgeführt wird. Der Vorschlag Thälmanns, daß die SPD-Mitglieder in den Betrieben eine Einheitsfront mit den Nationalsozialisten bilden sollten, würde bedeuten, den Faschisten das Tor zum Eindringen in die Arbeiterklasse zu öffnen.

Hindenburg und die Nazilümmel

In der Elbinger Freien Presse wird über einen Zwischenfall berichtet, der sich bei der Rückreise des Reichspräsidenten von seinem Gut Neudeck nach Berlin ereignet hat. Es wird unter anderem mitgeteilt, daß dem Reichspräsidenten bei seiner Durchreise durch das kleine westpreussische Städtchen Rosenberga, wo sich eine große Anzahl Anwohner zur Begrüßung versammelt hatte, von Nationalsozialisten zugeworfen wurde „Deutschland erwache!“ Hindenburg habe geantwortet:

„Gute regieren Männer und nicht Lümmel!“

Aus der Umarmung des Reichspräsidenten wird hierauf erklärt, das Wort „Lümmel“ sei zwar nicht gefallen, der Reichspräsident sei aber tief entsetzt darüber, daß er als der Vertreter Ostpreußens in solcher Form gerade im deutschen Osten aufgenommen wurde. Er habe dieser Enttäuschung auch Ausdruck gegeben.

Wohin geht der Weg?

Krise des Kapitalismus

Von Dr. Marie Elisabeth Häders, M. d. R.

Wir stellen im folgenden den interessanten Aufsatz der bekannten demokratischen Publizistin zur Diskussion.

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß auch in den Reihen der sogenannten bürgerlichen Parteien die Zahl derjenigen immer größer wird, die eine Ueberprüfung der Formen und Methoden des privaten Großkapitalismus für unerlässlich hält. Diese Auffassung geht nicht aus einer gefühlsmäßigen oder konjunkturpolitischen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus hervor. Sie erwacht vielmehr aus der ersten Sorge wegen der neuen schweren Stöße, die der deutschen Wirtschaft und damit auch dem Staatsgefüge drohen, wenn weiterhin verläßt wird, an sachlichen und personellen Erscheinungen im privaten Großkapitalismus vorüberzugehen, deren finanzielle Folgen und stimmungsmäßige Auswirkungen schließlich ein System revolutionär umstürzen können, dessen evolutionäre Umbildung und Anpassung man verabsäumt hat. Diese notwendige Umbildung scheitert bislang — wie so vieles in Deutschland — an dem zähen Festhalten an alten Begriffen, an Traditionellen — auch im politischen Kampf mit Vorliebe verwendeten Formeln, und an der leidigen Geringschätzung, in Politik und Gesellschaft die Menschheit je nach ihrer Stellungnahme zu diesem oder zu jenem Wirtschaftssystem auch moralisch zu klassifizieren. Als ob die Frage nach den Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Wirtschaftssystemen irgend etwas anderes als eine Frage der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit wäre, und die Stellungnahme zu ihr etwas über die moralische Qualifikation der Menschen aussagte!

So ist es gekommen, daß die zähesten Vertreter des privaten Kapitalismus die ungemollten Wegbereiter staatskapitalistischer Gedanken und Forderungen geworden sind. Sie wurden es durch allzu souveräne Nichtbeachtung all der Tatbestände, die das von ihnen vertretene System durch seine eigenen Organisationsformen der zentralistisch geleiteten Konzerne, Trusts und Syndikate, ebenso wie durch seine internationale Verflechtung und nicht zuletzt durch die bei jeder Gelegenheit von der Großwirtschaft selber verlangte Staatshilfe immer mehr der frei verfügbaren persönlichen Initiative und Verantwortung der leitenden Personen entzogen und die Verteilung des Risikos auf der einen und des Gewinns auf der anderen Seite in recht beachtlicher Weise zugunsten der Steuerzahler verschoben haben.

Man wird sich darüber klar sein müssen, daß in- und ausländische Vorgänge wie bei der Fava, bei der Oesterreichischen Kreditanstalt (trotz oder wegen ihrer fast beispiellosen internationalen Verflechtungen?), bei Nordwolle und Danat, bei Peine und Wittenberg oder bei Pankoson in Neuvort, bei Dupiret und bei der West-Polste in Paris, bei der Royal Mail in London usw. usw. unmöglich ohne Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung über Risikofähigkeit und Zweckmäßigkeit der bestehenden Formen des privaten Kapitalismus sein können. Man wird sich darüber nicht täuschen können, daß die fortgesetzt notwendigen Stützungen durch dieselbe öffentliche Hand, der man sonst so gerne und nachdrücklich

„hands off“ von der Wirtschaft zuruft, die öffentliche Meinung so stark beeinflussen müssen, daß sehr fühlbare Rückwirkungen — politische und wirtschaftliche — gar nicht ausbleiben können.

Es ist auf die Dauer ausgeschlossen, daß Regierungen und Parteien sich bereit finden können, aus allgemeinen Steuermitteln — und über andere Mittel verfügen Staat und Parlamente nicht — Risikozinsen herauszugeben, um, wie man sagt, „die Pleite“ privater wirtschaftlicher Unternehmungen „zu sozialisieren“. Es ist sehr begreiflich, daß alte Gedanken und Vorschläge, wie sie bald nach dem Kriege — auch im zuständigen Reichsministerium — überdacht und propagiert worden sind, heute, wenn auch unter etwas anderem Namen, wieder auftauchen. Was damals Planwirtschaft genannt wurde, geht heute unter der Bezeichnung „kapitalistisch manipulierter Staatswirtschaft“, oder der „gesteuerter Wirtschaft“, oder — einfacher — des „Staatskapitalismus“.

Die Ueberzeugung, daß der Staat sich nicht mehr von der Wirtschaft zurückziehen kann, ist bereits weit über das Reichsdatum nur bestimmter Parteien hinaus, sondern es ist inzwischen unabweisliche Notwendigkeit geworden, wenn nicht das größte wirtschaftliche Unheil angerichtet werden soll. Es handelt sich nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das „Wieviel“ und das „Wie schnell“. — Auch dafür haben die aufgeführten Beispiele bereits weitgehend vorgesorgt. Sie haben es nicht nur aus der Sache, sondern auch aus dem Bereich des persönlichen heraus, denn in nur zu vielen dieser Vorgänge sind unverfügbare Mittel in Zusammenhang mit der allgemeinen Weltkrise mit dementsprechender Unzulänglichkeit in den Verwaltungen und, leider, auch vertriebsmäßig mit mehr als reinlicher persönlicher Unzuverlässigkeit verbunden. Für die letzteren wird sich auch nicht mehr gut die beliebte rassennährische gefärbte Entschuldigung einplanen lassen, daß a. B. die Herren Rabalen mit den Trägern jahrelanger parteipropagandistisch ausgeübter jüdischer Namen in einer Reihe, stehen.

Weitere Kreise in allen Bevölkerungsschichten und in allen Parteien können sich des Gefühls nicht erwehren, daß der Kapitalismus von manchen Gruppen und Personen in einer Weise mißbraucht wird, die nicht zuletzt gegen ihn selber in seiner heutigen Form ausschlägt, und daß es Pflicht des Staates ist — einmal wenn alle in das Risiko mit hineingezogen werden — sich den Einfluß zu nehmen und zu wahren, dessen er bedarf, um die in Mitleidenschaft gezogene Allgemeinheit vor weiterem Mißbrauch des Kapitalismus zu schützen. Der erste Schritt zu diesem selbstverständlichen Ausgleich zwischen dem vom Staat übernommenen Verpfändungen und der ihm daraus stehenden Rechte wird jetzt im Tatbestand unter dem Namen der Not getan. Die anderen Schritte werden folgen im Grundgedanken. Das es so ist, und daß es weiterhin so kommen wird, das hat nicht zuletzt die Wirtschaft selber verursacht. Kapitalismus wird bleiben, — denn ohne das ihm innewohnende wirtschaftliche Prinzip ist Wirtschaft nicht möglich —, aber seine Form und seine Methoden werden andere sein, und der Treiber wird in vielen Fällen wechseln. Diese Entwicklung wird nunmehr politisch akut; das wird sich im Parlament zeigen.

Neue Verordnung zum Zahlungsverkehr

W.B. meldet:

Der Rest dieser Woche ist dadurch gekennzeichnet, daß zu den regelmäßigen Lohn- und Gehaltszahlungen bereits stehenden Mitteln noch die Anforderungen des Monatsendes hinzutreten. Es erheben sich dabei nicht ratlos, darüber hinaus für die nächsten Tage eine umfangreichere Aufforderung des bisherigen Zahlungsverkehrs vorzunehmen.

Die jetzt erlassene Verordnung der Reichsregierung sieht daher nur unwesentliche Erhöhungen der zulässigen Beträge vor. Die beteiligten Stellen werden dafür sorgen, daß von Beginn der nächsten Woche ab die Wiederannahme eines normalen Zahlungsverkehrs eintritt.

Die Erleichterungen, die bis zum Wochenende eintreten, betreffen einmal die Erhöhung der Vorauszahlungsgrenze von 200 auf 300 Mark bei Kontokorrentkrediten, während es hinsichtlich der Auszahlungen bei Sparkonten und Sparbüchern auf 30 M. verbleiben mußte. Die Auszahlung auf Kreditbriefe ist ebenfalls auf 300 M. erhöht worden. Freigegeben sind beschränkte Vorauszahlung und folglich auch Ueberweisung sind über die bisher bestehende Höhe hinaus die Mittel für Wohnungen und gewerbliche Räume, sofern der Kontoinhaber nicht Einnahmen aus Lohn, Gehalt und Ruhegeld usw. bezieht, ferner zur Einlösung von Zinsrenten und Gewinnanteilen gehören.

Die Wechselverpflichtungen sind entsprechend den bisherigen Vereinbarungen stoffweise etwas hinausgeschoben worden, während eine Verlängerung der Vorlegungsfrist für die nach dem 21. Juli 1931 ausstehenden Schecks nicht mehr notwendig ist. Ferner ist vorzusehen, daß die Bankinstitute Wechselverbindlichkeiten nicht nur wie bisher aus eigenen Akzepten, sondern auch aus ihrem Giro erfüllen dürfen.

Die Ablieferungsfrist für Devisen

Berlin, 28. Juli. Die Frist zur Ablieferung der Anzeige von Devisen im Gesamtbetrag von 20 000 M. und darüber für den einzelnen Anzeigepflichtigen unter Hinzurechnung der Devisen seiner Ehefrau und der mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kinder läuft am 29. Juli 1931 ab. Eine Verlängerung dieser Frist ist nicht beabsichtigt. Lediglich für die Inhaber von Währungskonten bei inländischen Kreditinstituten ist mit Rücksicht darauf, daß die Verpflichtung dieser Inhaber zur Ablieferung oder Anzeige ihrer Währungsausgaben erst in der zweiten Durchführungsverordnung zur Kapitalfluchtverordnung klar gestellt worden ist, die Frist bis 5. August 1931 erstreckt worden. Auch hier besteht jedoch Ablieferungs- oder Anzeigepflicht bis zum 5. August.

Gründung der Akzept- und Garantiebanc

Berlin, 28. Juli. Heute nachmittags fand in den Räumen der Reichsbank die Gründungsversammlung der Akzept- und Garantiebanc statt. Die Gründer, ausschließlich Berliner Firmen, haben zusammen mit dem Reich das gesamte Kapital übernommen.

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden bestellt: Reichsminister a. D. Dernburg, Direktor Fischer, Berliner Handelsgesellschaft, Direktor Dr. Dehfeld, Bank für deutsche Anleiheobligationen, Direktor Franz, Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Geh. Regierungsrat Dr. Frick, Präsident Kewer, Direktor Bipp, Generalkonkorsant Dr. Paul Kemmer, Ministerialdirigent Geh. Regierungsrat Norden, Reichsfinanzminister, Ministerialdirektor Dr. Reichardt, Reichswirtschaftsminister, Direktor Friedrich Reinhardt, Kommerz- und Privatbank, Direktor Schiefelner.

Bankenaufsicht und Kapitalkontrolle

Von Fritz Raphael.

„Wer das Risiko trägt, muß auch die Wirtschaft führen“. Das ist von jeher der beliebteste Einwand gegen den Ausbau staatlicher Kontrollen und staatlichen Einflusses auf die Wirtschaftsführung und gegen alle Bestrebungen zur Demokratisierung der Wirtschaft, zur Teilnahme der Vertreter der organisierten Arbeiter und Angestellten an der Wirtschaftsführung gewesen. Das Argument war niemals stichhaltig, weil das Risiko, das die Arbeiter tragen, die bei wirtschaftlichem Mißerfolg ihre Arbeitsplätze und damit ihre Existenzmöglichkeiten verlieren, gewiß nicht geringer zu schätzen ist als das Kapitalrisiko eines Aktionärs. Aber lassen wir das einmal im Augenblick beiseite und stellen wir uns auf den Standpunkt, daß es nur auf das Kapitalrisiko ankommt. Wer trägt bei den deutschen Großbanken das Kapitalrisiko? Die letzten Wochen haben die Frage eindeutig beantwortet. Wenn es ernst kommt, wie in diesem Falle, dann verschwindet plötzlich die Wirtschaft der Risikotragenden des kapitalistischen Privateigentums. Dann müssen wir alle, jeder Steuerzahler, das Risiko übernehmen. Denn dann muß der Staat mit seiner Haftung einpringen, um noch schlimmere Erschütterungen der Gesamtwirtschaft abzuwehren.

Wer das Risiko trägt, hat aber selbst nach kapitalistischen Grundsätzen das Recht der Aufsicht und der Mitbestimmung. Deshalb fordern wir als notwendige Folgerung aus den Erfahrungen der letzten Wochen die sofortige Errichtung eines Bankenaufsichtsamtes durch das Reich, an dessen Leitung die Vertreter aller Kreise der Wirtschaft demokratisch teilnehmen müssen. Dieses Aufsichtsamts muß die Richtlinien für das Handeln der Banken feststellen. Es muß die Möglichkeit haben, die Einhaltung dieser Richtlinien zu überwachen, sei es durch einzelne Kommissionen, sei es, was bei den Großbanken unerlässlich ist, durch die Einsetzung von Kommissaren, die dem Amt für die Auskunftsstelle verantwortlich sind. Das Bankensamt muß auch die Möglichkeit haben, die wirkliche Vermögenslage der einzelnen Banken, die Art ihrer Verflechtung mit Auslandskrediten durch seine Organe zu prüfen, denn es geht nicht an, daß auf die Dauer Regierungshandlungen gestützt werden auf die Auskünfte von Bankdirektoren, von denen die Erfahrung gelehrt hat, daß sie jederzeit bereit sind, ihre geschäftlichen Sonderinteressen in höherem Grade zur Richtschnur zu nehmen als das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft.

Aber mit diesen Kontrollfunktionen kann die Zielsetzung des Bankensamts nicht erschöpft sein. Von der Bankenaufsicht, die in hohem Grade Ziele des privatwirtschaftlichen Schutzes der Gläubiger und der Kunden der Bank betrifft, muß der Weg zur Kapitalkontrolle, zur Lenkung des Kapitalstroms führen.

Selbstverständlich fehlt es auch jetzt nicht an Kreisen, die sich genau so wie die Gegner der im Interesse der Gesamtwirtschaft dringend notwendigen Kontrolle der Kartelle und Monopole sind, der Forderung der Bankenaufsicht entgegenstellen. Die verantwortlichen Männer der Regierung und alle Volkstreffs, die ernsthaft an der Ueberwindung der Wirtschaftsnöte mitarbeiten wollen, mögen sich die Frage vorlegen, ob es nicht besser ist, die dringlichsten Gebote der Stunde ohne Versuch zu verwirklichen, als sich einer notwendigen Entwicklung entgegenzusetzen und abzuwarten, bis jenseitige Ereignisse eintritt, daß der Restel platzt.

Lloyd George erkrankt

London, 28. Juli. Wie verlautet, muß Lloyd George infolge eines Blutharnenalles das Bett hüten. Die Erkrankung wird in Kreisen des Unterhauses als ernst, aber nicht als unmittelbar bedrohlich angesehen.

Freistaat Baden

Keine Rechtspflegebekanntmachungen in staatsfeindlichen Blättern

Eine längst fällige Verordnung

Durch eine Verordnung des Staatsministeriums wird die Verordnung vom 28. Juli 1919 über öffentliche Bekanntmachungen auf dem Gebiete der Rechtspflege wie folgt geändert: In § 2 wird der Satz 3 durch folgenden Satz ersetzt: „Blätter, die staatsfeindlich eingestellt sind, dürfen nicht berücksichtigt werden; im übrigen darf die politische Parteilichkeit eines Blattes auf die Entschliessung keinen Einfluss haben.“

Diese Verordnung ist längst fällig gewesen. Sie sollte jedoch auf weitere staatsfeindliche und kommunale Verwaltungswege ausgedehnt werden, da es unerwünscht ist, daß ein großer Teil der Inserate staatsfeindlicher Blätter aus Inseraten von Staats- und Gemeindeunternehmungen stammt.

Der Vollzug des Notgesetzes

Das Finanzministerium hat bestimmt, daß die Vorschriften des Artikels 11 des Notgesetzes vom 9. Juli ds. Js. (5%ige Gehaltskürzung) auf nachstehende Körperschaften usw. Anwendung zu finden haben: 1. Gemeinden im Sinne der Gemeindeordnung, 2. Gemeindevorstände im Sinne der §§ 5 und 5a der Gemeindeordnung, 3. die Verbände solcher Gemeindevorstände, 4. die Besondere Wohnungsverordnungen, 5. die Kreis-, 6. die Landesversicherungsanstalt Baden, 7. die Badische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, 8. die Gebäudereichereinsammler, 9. den Badischen Frauenverein, 10. die Versicherungsanstalt für Gemeinden und Körperschaftsbeamte, 11. die Landwirtschaftskammer, 12. die Handelstammkassen, 13. die Handwerkskammern, 14. die Stiftungen mit Ausnahme der kirchlichen Stiftungen, 15. die öffentlichen Sparkassen, 16. den Badischen Sparzinsen- und Giroverband, 17. die Badische Kommunale Landesbank-Girozentrale, 18. die öffentliche Lebensversicherungsanstalt Baden, 19. die Badische Landesbauwirtschaftsverband, 20. den Badischen Gemeindeversicherungsverband, 21. den Badischen Bezirksverband, 22. die Pensionsanstalt des Bad. Landesbeamten.

Vom famosen Arbeitsdienst

SPD. Für die Beurteilung des freiwilligen Arbeitsdienstes muß erst die Praxis, d. h. der Verlauf der ersten Experimente abgewartet werden. In Baden will das „Studentische Amt für Arbeitslager“ folgenden Versuch unternehmen:

Vom 1. bis 30. August und vom 2. bis 28. September wird je ein Arbeitslager mit 100 Teilnehmern in Geringen (Amt Herrsch) Bodenverbesserungs- und Entwässerungsarbeiten ausführen. Die Teilnehmer — 40 Studenten, 40 Arbeiter (25 Arbeiter, 15 Angestellte) und 20 Jungbauern — werden täglich 8 Stunden arbeiten. Die Freizeit wird durch gemeinsame Unterhaltung und Diskussion ausgefüllt. Als Diskussionsstoff ist seitens der Leitung bestimmt worden: „Prosa der südwestdeutschen Grenzlandarbeit“. Durch geistige Zusammenarbeit, durch musikalische und sonstige Unterhaltung sollen „Annäherung, Verständnis und geistige Durchdringung der verschiedenen Volksschichten“ erreicht werden. Die Aufsicht im Lager haben ein Student und ein Arbeiter zu übernehmen; natürlich liegt infolge der zentralen, rein studentischen Leitung die Hauptführung bei dem studentischen Leiter.

Die Verpflegung übernehmen die Bauern. Untergebracht werden alle Teilnehmer in zwei Sälen! Eine generelle Verpflegung für die Arbeit gibt es nicht. Vielmehr müssen die Teilnehmer sogar ihre Frühstückskosten selbst tragen (nur die Arbeitslosen nicht) und passende Arbeitskleidung mitbringen! Nebenbei den teilnehmenden Arbeitsschülern ist ein Taschengeld von 50 Pfennig pro Tag zugesichert. Es wird also hier nur der untere Grenzstrich gewährt. Die gesetzlichen Versicherungsbeiträge werden vom „Amt für Arbeitslager“ getragen, das dafür und für die Kosten seiner Organisation einen Kredit von der badischen Regierung erhalten hat. Damit dieser freiwillige Arbeitsdienst später in größerem Umfange weiter geführt werden kann, sollen — dem württembergischen Beispiel folgend — im Herbst auch in Baden besondere Kaufbeiträge von den Studenten erhoben werden.

Das „Deutsche Studentenwerk“ in Dresden interessiert sich sehr für das badische Experiment. Das Studentische Arbeitslageramt für Baden steht, wie verlautet, in nächster Verbindung mit der rechtsradikalen „Deutschen Studentenschaft“.

Die kommunistische Arbeiterzeitung unter Anklage

23. Mannheim 28. Juli. Eine Presseklasse gegen die kommunistische Arbeiterzeitung bildet den Gegenstand der Nachmittagsverhandlung des Schwurgerichts Mannheim. In ihrer Nummer vom 11. Februar ds. Js. brachte das Blatt einen heftigen Artikel über angebliche Beeinflussungsverläufe katholischer Schwestern und Geistlicher im interkonfessionellen Krankenhaus Kallstatt bei einer schwerkranken Frau, zur katholischen Kirche zurückzuführen. Die Kranke, Ehefrau des Fuhrmeisters Schorp in Gaggenau, war mit ihrem Mann am 15. August 1930 aus der Kirche ausgetreten. Am 18. Dezember wurde sie in das Krankenhaus eingeliefert. Besonders wurde hervorgehoben, daß der Amtlichgeheilte der Frau die Abnahme der Beichte und die Erteilung der Sterbesakramente geradezu aufgedrängt habe, und daß der Mann erst am Todestage der Frau, am 16. Januar ds. Js., eine Woche später etwas davon erfuhr. Der durch sein Bekenntnis zum Freidenkertum mit Schorp bekannt gewordene Karl Klein von Gaggenau wurde als der Verfasser des Artikels festgestellt und lag neben dem verantwortlichen Redakteur der Arbeiterzeitung, Gustav Süß, auf der Anklagebank. Als Zeugen erklärten die Geladenen Kaplan Brecht und Pfarrer Stiller in mehrfachen Vernehmungen den Artikel als eine große Entstellung der wahren Sachlage. Das Gericht verurteilte Klein zu einer Geldstrafe von 120 RM, eventuell 12 Tage Gefängnis, Süß zu einer Geldstrafe von 300 RM, eventuell 30 Tage Gefängnis. Das Gericht hielt die Behauptungen des Artikels für nicht erwiesen und eine Verlesung der beiden als Zeugen erschienenen Pfarrer als vorliegend.

In den Anhalt angetreten sind die Ministerialräte Dr. Armbuster und Dr. h. c. Kunzer im Ministerium des Kultus und Unterrichts. Dr. Armbuster ist am 31. Mai 1866 in Karlsruhe geboren. 1889 Lehramtspraktikant, wurde er 1893 zum Professor an der damaligen Höheren Mädchenschule in Karlsruhe ernannt. 1908 wurde Dr. Armbuster als Kollegialmitglied in den Oberstudienrat berufen und 1911 zum Hilfsreferenten im Ministerium des Kultus und Unterrichts mit dem Titel Regierungsrat bestellt. 1912 erfolgte seine Ernennung zum Ministerialrat und vorzutragenden Rat im gleichen Ministerium. — Dr. phil. h. c. Kunzer ist am 1. Juni 1865 in Lahr gebürtig. Er begann 1889 als Lehramtspraktikant seine Laufbahn im höheren Lehramt, wurde 1896 Professor am Gymnasium in Tauberbischofsheim, 1898 an das Gymnasium in Lahr versetzt und 1904 an das Friedrichsgymnasium in Freiburg berufen. 1912 übernahm Dr. Kunzer als Direktor des Kultus und Unterrichts berufen, 1920 zum Oberregierungsrat und 1928 zum Ministerialrat ernannt.

Internationaler Sozialistenkongreß

Die faschistische Hochschulgefahr / v. Gontard und Kullerjahn

Nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung

Wien, 28. Juli. (Via. Draht.) In der Dienstagssitzung des Internationalen Sozialistenkongresses führten Müller (Schweden) und Warba (Dänemark) den Vorsitz. Der Internationale Sekretär Friedrich Adler teilte mit, daß eine Anzahl Begrüßungstelegramme eingegangen sei, darunter auch von sozialistischen Parteien, die der Internationale noch nicht angeschlossen seien, so von Irland, Südafrika und Kanada.

Unter lebhaftem Beifall ergriff Nogi (Japan) das Wort, der in englischer Sprache Solidarität der japanischen Sozialdemokratie mit der Internationale verkündete.

Otto Friedländer (Berlin) sprach für die sozialistische Studenten-Internationale: „Unsere Organisation besteht seit 1926. Ihre Mitgliederzahl ist inzwischen von 4500 auf 10.000 gestiegen. Der Intellektuelle ist mehr und mehr zum Angehörigen geworden und eingereicht in das große Meer der Schaffenden. Er befindet sich in den Reihen der Arbeiterklasse. Der auf den Hochschulen herrschende Faschismus ist die größte Gefahr für die Arbeiterbewegung, von den etwa 180.000 reichsdeutschen Studenten sind mindestens 60 Prozent faschistisch gefärbt. Das sind die künftigen Verste und Richter des deutschen Volkes. Wir müssen alle Kräfte zur Bekämpfung dieser Gefahr aufwenden. (Lebhafter Beifall.)“

die Abrüstungsdebatte

fortgesetzt. Der parlamentarische Sekretär des britischen Außenministers Arthur Henderson, Philip Baker, führt aus: „Wir wollen eine Welt erkämpfen, die frei ist vom Krieg. Die Abrüstung kann nicht mehr hinausgeschoben werden. Von den Regierungen, die den Kriegsvertrag unterzeichnet haben, verlangen wir, daß sie die Forderung daraus ziehen und ihr feierliches Gelöbnis erfüllen. Jeder Sozialist muß es als seine Aufgabe ansehen, ein Wächter des Völkerbundes zu sein, damit dieser seine Aufgabe, die Abrüstung durchzuführen, besser erfüllt als in der Vergangenheit. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Staaten und Völker.“

In Bezug auf die Abrüstung unserer deutschen Freunde machen wir darauf aufmerksam, daß General v. Seeckt vor einigen Wochen erklärt hat, wenn die Abrüstungskonferenz nicht sofort für alle Staaten die gleiche Abrüstung vorschreibe, wie sie für Deutschland besteht, müßte Deutschland die volle Aufrüstungsfreiheit sich wieder nehmen.

Nicht in der Aufrüstung der besiegten Länder, sondern in der allgemeinen Verzögerung der Abrüstung liegt der Fortschritt. Es wird nicht lange dauern, bis die Abrüstung auch in den anderen Staaten so weit gebracht ist, wie bei den feineren besiegten Ländern. Wir schließen uns vollkommen der Forderung von Jouhaux an, daß die Entwaffnung international kontrolliert werden müßte, und daß die Gewerkschaften die besondere Aufgabe haben, in den Rüstungsfabriken die genaue Beachtung der Einschränkungsordnungen zu überwachen und durchzusetzen.

Der deutsche Rüstungsindustrielle v. Gontard hat gesagt, wie man aus Blut Gold machen kann.

Vor dem Krieg hat er mit der französischen nationalsozialistischen Presse konspiriert und es ist ihm gelungen, in den Tigaro und in das Echo de Paris Artikel hineinzubringen, die die reiche Ausrüstung der französischen Armee mit Maschinenwaffen schildern, wodurch auch Deutschland zur Nachahmung gebracht wurde, und Gontard geldbringende Aufträge erhielt. Dieser Vaterlandsverräter von Gontard hat aber keinen

Angeklagten Kullerjahn auf viele Jahre ins Zuchthaus gebracht. Unter den Sozialisten kann kein Zweifel darüber sein, wer eigentlich ins Zuchthaus gehört, der Industrielle, der mit dem Ausland gegen das eigene Land konspiriert, oder der Angeklagte, der vielleicht seine Angehörigen verläßt hat, um die Ehre seines Landes zu retten. Wir verlangen in der Entschliessung ein internationales Verbot der Bestrafung von Entstellungen über verbundene Rüstungen, um solche Urteile, wie sie gegen Kullerjahn und gegen viele andere ergangen sind, in Zukunft unmöglich zu machen.

Wir wollen laut unserer Entschliessung ein so großes Maß von Abrüstung erkämpfen, als gegenwärtig nur zu erhoffen ist. Wenn man diese Abrüstung auf das Nötigste als unzureichend oder gar als einen Verrat beklammert, treibt man geradezu Defätismus im Angesicht des Friedens. Man verlangt von uns, daß wir ohne Rücksicht auf andere Länder vollkommen abrüsten, aber es ist klar, welche Schwierigkeiten einem solchen Vorschlag gegenüberstehen. Es ist lächerlich zu behaupten, daß die Erfüllung unserer Forderungen nichts bedeuten würde. Wir müssen, wie die Resolution weiter verlangt, eine weltumfassende Propaganda entwickeln. Nur unerbittlicher Weise kann man bestreiten, daß die Erfüllung unserer Entschliessung keinen Fortschritt auf dem Wege der Abrüstung bedeuten würde. Sie würde aller Prestige-Politik einen schweren Stoß versetzen. Unseren bürgerlichen Gegnern geht unser Programm deshalb viel zu weit, weil wir eine wirksame Einschränkung der Rüstungen fordern. Die englische Flotte ist von 2 Millionen Tonnen auf 1,5 Millionen herabgesetzt worden, weitere Einschränkungen sind bereits im Gange.

Bei den Luftmännern von 1500 Flugzeugen über London denen ich von der Terrasse des Unterhauses zusah, konnte ich mich eines grauenhaften Schreckens nicht erwehren, wie das im Ernstfalle ausgehen würde.

Ich habe mich gefragt, was die gerade in London versammelten Minister einer ganzen Anzahl großer Staaten dabei gefühlt haben. Nach den Erklärungen von Fachleuten würde ein solches Aufheben von Flugzeugen eine verheerende Vernichtung anrichten, daß von London nicht viel übrig geblieben wäre. Wir fordern in der Entschliessung auch

die radikale Verwirklichung des Verbots gegen den chemischen und bakteriologischen Krieg.

Wir werden die Regierungen, die auf der Abrüstungskonferenz vertreten sind und die die Abrüstung erschweren und befähigen, als Tölpel der Menschheit anlehen und sie dementsprechend bekämpfen.

Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde eine sehr traurige Epoche für die Menschheit anbrechen lassen. Der französische Ministerpräsident, selbst ein Konservativer, hat vor kurzem erklärt, daß er das Heil nur in der Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich sieht, worin die einzige Garantie für die Sicherheit Frankreichs liegt. Damit ist die letzte Rechtfertigung für die Rüstungen verschwunden, und die einzige Lösung ist natürlich die Abrüstung. Es wäre ein furchtbarer Verrat für die Welt, wenn die Konferenz scheiterte. Die internationale, sozialistische Arbeiterpartei muß dafür sorgen, daß die Konferenz zu einem Erfolg wird. (Stürmischer Beifall.)

Andersen (Dänemark): „Die Kriegsgefahr wurzelt in den Resten des alten Systems, die noch eine erschreckende Macht haben. Wir werden heute nicht vor der Abrüstung stehen, wenn nicht die sozialistische Arbeiterklasse seit Jahren ununterbrochen einen Druck auf die Regierungen und auf die öffentliche Meinung ausübt. Wir kleineren Völker haben keine Hoffnung, uns durch Waffengewalt zu behaupten. Wir leben unter Freiheits- und Unbedrohtheit, wenn auch die großen Mächte abgerüstet haben. Wir in Dänemark sind eben daran, unsere Wehrmacht in eine Grenz- und Seepolizei umzuwandeln. Die Gesamtstärke soll 16.000 Mann betragen, und zwar sollen jährlich 1600 Mann in 4-5 Monaten ausgebildet werden und dann 12 Monate zur Verfügung stehen — was aber nur für diejenigen gilt, die nicht vorher mitgeteilt haben, daß sie von diesem Dienst befreit sein wollen. Aus den übrigen über 20 Jahren sollen die Einzustellenden ausgetauscht werden. Durch dieses System glauben wir die Bildung eines Berufsheeres zu verhindern. Außerdem sollen alle privaten Militärverbände jeder Art verboten und aufgelöst werden. Wir protestieren gegen die schamlosen Verleumdungen, die in gewissen, auch französischen Zeitschriften erschienen sind und die behaupten, daß Dänemark mit seiner Seepolitik die Welt für die französische Flotte auf alle Fälle bereithalten müßte, wenn sie einem Freund Frankreichs in der Offsee beiseite hätte. Wir wollen uns in Kämpfe anderer Staaten niemals einmischen, auch wenn Sir Justin Chamberlain einem dänischen konservativen Journalisten eine ähnliche Vermutung ausgesprochen hat, wie eben die französische Zeitschriften. Das dänische Volk wird sich niemals in irgend welchem fremden Kriegsdienst verdingen lassen und die sozialistische Presse der großen Dänker sollte mit Rücksichtlosigkeit alle Anschläge gegen die dänische und gegen die allgemeine Abrüstung vereiteln.“ (Lebhafter Beifall.)

Rickwood von der englischen unabhängigen Arbeiterpartei sprach überaus temperamentvoll und unter lauten Ausfällen auf die britische Arbeiterregierung und auf die Arbeiterpartei in dem Sinne, daß England ohne Rücksicht auf die Abrüstung der anderen Welt abrüsten müsse. Er machte Macdonald einen besonderen Vorwurf daraus, daß er mit Lord Georges und Baldwin zusammen auf einer großen Abrüstungskonferenz in der Weltöffentlichkeit gesprochen hat, was von der erdrückenden Mehrheit des Kongresses mit Heiterkeit aufgenommen wird. Die Schlussforderung des Redners, keinerlei Kompromisse zu schließen und einen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, findet den Beifall einer ziemlich kleinen Minderheit.

Die nächste Plenarsitzung des Kongresses wird erst am Donnerstag abgehalten. Die Abrüstungsdebatte soll dann beendet werden.

Die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse in Baden

Die Badische Landwirtschaftskammer legt der Öffentlichkeit folgende Schrift vor, die die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse in Baden im Jahre 1929/30 behandelt.

Ausgehend von den allgemeinen landwirtschaftlichen Erzeugungsverhältnissen geht die Schrift zunächst auf die Witterung im Lande Baden ein und stellt fest, daß sich das erste Berichtsjahr als so trocken erwies. Das Landesmittel der Niederschlagsmenge erreichte nur 81 Prozent. Die Sonnenscheindauer während des ganzen Jahres erreichte einen um 5-10 Prozent zu hohen Wert. — Die Denkschrift geht dann auf die Dagegeschäden ein und stellt fest, daß nach den Ergebnissen der amtlichen Dagestatistik ein Gesamtschaden von 8,5 Millionen Reichsmark entstanden ist, der mit rund 28 Prozent durch Versicherung gedeckt ist. Von dem Gesamtschaden wurde der Bezirk Ueberlingen mit einem Gesamtschaden von 1,3 Millionen am schwersten betroffen.

Anbau- und Ernteverhältnisse: Der Anbau der einzelnen Kulturarten an der landwirtschaftlich genutzten Fläche beträgt nach der amtlichen Erhebung der Anbaufläche 804.820 Hektar. Gegenüber dem Vorjahr sind die Anbauflächen für Getreide und Hülsenfrüchte etwas zurückgegangen, ebenso die Anbauflächen für Futterpflanzen und Sandelsgewächse, während die Flächen für selbstmäßig gebaute Gartengewächse sowie die Ackerweide eine Zunahme zeigen.

Viehbestand: Mit Ausnahme von Federvieh sind die sämtlichen Viehbestände siffernmäßig zurückgegangen. Die größte Abnahme haben die Schafe mit rund 12 Prozent aufzuweisen, welchen die Riegen mit einer Abnahme von rund 10 Prozent folgen. Der Bestand an Federvieh hat um rund 8 Prozent zugenommen. Der Schweinebestand nahm um 1,5 Prozent ab.

Tierseuchen: Auch im Berichtsjahr wurden Fälle von Rot, Rauschbrand, Milzbrand, Pflanzschlag, Pferde- und Schaf-räude, Maul- und Klauenseuche, Schweinepest, -seuchen und -pest sowie Sübnerholera und Sübnerpest festgestellt.

Zu den landwirtschaftlichen Betriebsergebnissen im Wirtschaftsjahr 1929/30 stellt die Badische Landwirtschaftskammer fest, daß die durchschnittlichen Einnahmen je Hektar eine kleine Steigerung erfahren haben, die allerdings auf das Betriebsergebnis selbst noch keinen Einfluß ausübt. Die Einnahmen aus Rindvieh haben eine kleine Erhöhung aufzuweisen; auch die Einnahmen aus Molkerei haben zugenommen, die aus Schweinen dagegen zeigen einen dauernden Rückgang. Stark zurückgegangen sind im letzten Rechnungsjahr die Einnahmen aus Getreide als Folge der ganz ungenügenden Preise, besonders für Gerste und Hafer. Die Statistik zeigt im übrigen eine deutliche Zunahme der Einnahmen aus der Tierhaltung gegenüber denen aus dem Pflanzenbau.

Betriebsausgaben: Im Mittel je Betrieb ist eine Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr zu beobachten. Auch die Einnahmen sind gestiegen, die Ausgaben jedoch um eine Kleinigkeit mehr. Es besteht eine dauernde steigende Tendenz der Ausgaben. Besonders die Aufwendungen für das tote Inventar haben eine ziemliche Steigerung erfahren. Bemerkenswert ist das Anwachsen der Steuerbelastung, die vor dem Kriegeswert ist das und im Berichtsjahr 55,12 M betrug. Die Ergebnisse über die Berechnungen des Reinertrags zeigen, daß die größeren Betriebe in den letzten drei Rechnungsjahren besser als die kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe abgeschnitten haben. Im allgemeinen ist der Arbeitsverdienst gegen das Vorjahr zurückgegangen.

Die Denkschrift beschäftigt sich dann noch eingehend mit Erhebungen über die Vermögensrente, über den Verbrauch und das Einkommen, die Haushaltungskosten usw.

Falschmeldung über Badische Beamtenbank

23. Karlsruhe, 28. Juli. Das Wiener Neue Journal und Oslawski Kurier brachten die Nachricht, daß die Badische Beamtenbank ihre Zahlungen eingestellt habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß davon kein wahrer Wort ist. Die Badische Beamtenbank hat trotz der Schwierigkeit der Geldbeschaffung ihre Schalter dauernd offengehalten und ist allen ihren Verbindlichkeiten nachgekommen. Die für die Rückzahlung der Ausstehenden notwendigen Zahlungsmittel sind ebenfalls bereitgestellt. Die Badische Beamtenbank hat durchschnittlich 300.000 Mark täglich zur Auszahlung gedruckt.

Von Marx zu Seeckt

„Das Urteil über ein Führerium liegt in seiner Auswirkung auf die Masse; aber die Masse hat kein Recht auf ein Urteil.“
v. Seeckt, Gedanken eines Soldaten, S. 174.

Aus Rußland kommt die erstaunliche Nachricht, daß der Kriegs- und Revolutionsrat der Sowjetunion beschlossen hat, die letzten Werke des Generals von Seeckt in russischer Sprache herauszugeben und sie als Lehrbücher für die gesamte Wehrmacht der Sowjetunion zu empfehlen. Die Anregung dazu haben der Kriegskommissar Woroschilow und der Chef des russischen Generalstabes Bogomow gegeben.

Die beiden letzten größeren Bücher des ehemaligen Generalobersten von Seeckt sind die „Gedanken eines Soldaten“ und „Die Zukunft des Reiches“, beide 1929 erschienen. Das erste Buch eines Mannes innerhalb wie außerhalb des Militärischen geradezu extrem reaktionären Mannes ausgerechnet für die rote Armee des sogenannten ersten Arbeiterstaates der Welt als Lehrbücher empfohlen werden, beweist mit aller nur wünschenswerten Klarheit, wie weit Sowjetrußland heute vom Sozialismus entfernt ist — wenn es ihm je nahe war.

Die Soldaten der roten Armee werden jetzt zunächst einmal lernen, daß alle Lehren von Karl Marx fürchterliche Verlehrungen geworden sind. Sie werden lernen, daß die Hinneigung zur Internationalisierung der Wirtschaft nach den Worten des Generals von Seeckt, die wir im folgenden immer zitiieren werden, „aus dem Gefühl der nationalen Schwäche nach der Niederlage“ des Weltkrieges entstanden ist. Sie werden lernen, den „ungefunden Sozialismus“ zu verachten. Sie werden lernen, daß Sozialismus eines der verbreitetsten Schlamoworte geworden ist, von dem sie hören: „Auf keinem Gebiet der staatlichen Aufgaben ist es so notwendig, sich von allen Klavieren loszulösen und reale Ziele zu verfolgen. Es läßt sich wohl das Bild eines Idealstaates aufstellen, dessen Tätigkeit nach logisch erscheinenden Grundrissen bestimmt wird; aber der Staat, in dem wir leben, ist kein Rechtsobjekt für Theoretiker, und wir können uns heute weniger als je den Luxus gestatten, zur Belehrung ihrer Anhänger falsche Behauptungen ad absurdum zu führen.“ Die roten Soldaten werden lernen, daß nicht die sozialistische Auffassung über das sogenannte freie Spiel der Kräfte im Kapitalismus und seine Überwindung durch eine sozialistische Planwirtschaft richtig ist, sondern sie werden auf Anweisung ihres Generalstabes aufs Neue bei Herrn von Seeckt in die kapitalistische Schule gehen: „Der Wettbewerb, der Kampf ums Dasein, den die Natur zum Gesetze erhob, kann und darf auch aus dem wirtschaftlichen Leben nicht ausgeschaltet werden; wir gebrauchen ihn zur Steigerung der Leistung.“ Die roten Soldaten sind vielleicht bis jetzt dem Bunde der Gottlosen beigetreten, sie haben vielleicht im Auftrag der bisher kirchenfeindlichen Sowjetregierung vor einer zwangswelke geschlossenen Kirche Wache gehalten; jetzt werden sie bei Herrn von Seeckt lernen, daß das Sünde war: „Die Religion“ ist eine der starken ethischen Kräfte eines Volkes; sie zu schänden und, wo es nötig ist, zu unterdrücken, ihr freie Bahn zur Entwicklung zu schaffen, ist Aufgabe des Staates.“

Bisher galt Lenins Wort: Religion ist Opium fürs Volk; das wird nun im Bereiche der roten Armee durch die neue Belehre des protestantischen preußischen Generals abgelehnt! Bisher hat man den roten Soldaten im kommunistisch-vaterländischen Instruktionenunterricht gelehrt, daß der Kommunismus die Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft darstelle, eines der höchsten Ziele jahrhundertelanger sozialer Kämpfe; jetzt werden sie bei Herrn von Seeckt zu lernen haben, daß es „eine Gefahr“ ist, wenn ein Staat s. B. durch seine Schulpolitik „eine Gleichmachung aus Gründen sozialer Ausgleitungs“ erstrebt.

Auf ihrem eigentlichen Gebiete, dem militärischen, werden die roten Soldaten zu lernen haben, daß es einen Unterschied zwischen einem roten und einem schwarzweißen Militarismus nicht gibt. Diese Gleichheit erstreckt sich ja bis auf die äußeren Formen der Verteilung von Orden, der Ernennung einzelner Personen zu Chefs von Regimentern, der Verleihung von Ehrenabzeichen. Herr von Seeckt liefert dafür die Theorie: „Mit menschlichen Schwächen muß der Staat stets rechnen, und so sollte er weder mit äußeren Ehren noch mit materiellen Aufwendungen für sein Herz geizen.“ Die roten Soldaten werden aber nicht nur lernen, daß in seiner äußeren Aufmachung und in seinem inneren organisatorischen Aufbau ein Heer eben ein Heer ist, sondern daß der Militarismus sich auf tot genau so wie im letzten Weltkriege auf schwarzweißer in seiner vollstänigen Verwendung zeigt. Die roten Soldaten werden bei Herrn von Seeckt lernen: „Bündnisse zwischen Staaten sind aus dem Standpunkt der Machtpolitik zu betrachten und haben, was auch sonst in den Verträgen stehen mag, ihren Hauptwert, oft ihren einzigen Wert in ihren militärischen Klauseln. Ob diese Defensiv- oder Offensivcharakter haben, ist ziemlich gleichgültig, da nach Gefallen der eine in den andern sich ver wandeln läßt, um den erwünschtesten Vorwand zur Einkerbung oder zum Bruch der Bündnispflicht zu geben.“ Die zuletzt zitierten, in ihrer offeneren Brutalität geradezu klassischen Sätze des Herrn von Seeckt befinden sich auf Seite 155 seines Buches über „Die Zukunft des Reiches“, in einem Abschnitt, den er mit einem Satz des geschichtlichen Begründers politischer Strudelstaaten, Machiavelli, einleitet, um ihn dann in seinen eigenen Darlegungen weit zu überbieten. Es wäre interessant, zu erfahren, ob unter den von Herrn von Seeckt auf eine so völlig unumkehrliche Weise betrachteten Verträgen sich auch der vor kurzem erneuerte Berliner Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Rußland befindet und ob dieser Vertrag etwa auch militärische Klauseln enthält, worin, wie Herr von Seeckt meint, sein einziger Wert bestünde.

Von Marx und Lenin zu Seeckt — das ist wahrhaftig ein geistiger, politischer und moralischer Abstieg, wie ihn der ärgste Gegner Sowjetrußlands in seiner ausschweifendsten Phantasie nicht schimmer erfinden könnte. Wenn in einiger Zeit die Lehrbücher des Herrn von Seeckt in der roten Armee ihre Wirkung getan haben werden, dann ist ein Grund mehr vorhanden, die rote Armee nicht anders einzuschätzen, wie irgend ein Heer irgend eines imperialistischen Staates. Die Kommunisten aber mögen uns nun erst recht mit der Behauptung vom Leibe bleiben, daß es sich in Rußland um die Verwirklichung des Sozialismus handele!

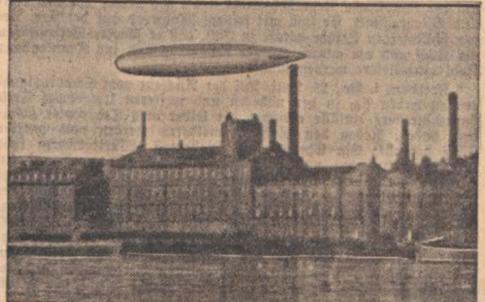
G. Seeger.

Aus aller Welt

Zeppelins Arktisfahrt

Moskau, 28. Juli. Um 1 Uhr verließ das Luftschiff „Graf Zeppelin“ das Franz-Josef-Land und schlug die Richtung nach Nordland ein.

Der Korrespondent der Telegrammagentur der Sowjetunion am Bord des Eisbrechers Malgoin berichtet über die Begegnung des „Graf Zeppelin“ mit dem Eisbrecher: Am 27. Juli um 20 Uhr 10 Minuten tauchte über den blauen Gletschern auf der Brookinsel ein schwarzer Punkt auf. Vom Deck des Eisbrechers erhob sich der Ruf „Zeppelin“. Der schwarze Punkt wurde immer größer und alsdann erblickte man in der Sonne den silbernen glänzenden Rumpf des Riesenluftschiffes. Die Sirene des Malgoin beugte das Luftschiff, von dem eine Klage wiedergrünte. Die Begegnung zwischen dem Malgoin und dem „Graf Zeppelin“ erfolgte bei der ersten Polarisierung der im Arktisgebiet überwinternden Sowjetexpedition. „Graf Zeppelin“ überließ die tiefe Nacht und richtete sich über der Meleniusstraße zum Niedergehen. Ohne das Gleichgewicht zu verlieren näherte sich der Zeppelin im Verlaufe von einer Stunde dem Wasserpiegel. Langsam setzte sich der Zeppelin auf das Wasser neben einer treibenden Eisschicht. Die Malgoinmannschaft tauchte mit der Zeppelinnmannschaft und den Sowjetgelehrten an Bord des Luftschiffes mündliche Grüße aus. Mithilfe stieg der Zeppelin wieder auf, ohne Post von der Malgoin aufgenommen zu haben. Der Zeppelin ließ darauf ein Boot mit Post und einem Filmoperateur hinaus. 10 Minuten später erfolgte der Postaustausch. Hierauf ging der Zeppelin weiter in die Höhe und verschwand hinter dem Nebelwolk.



„Graf Zeppelin“ letzte Station in Europa
Oben: „Graf Zeppelin“ über dem Newa-Ufer in Leningrad.
Unten: Junge Kuffen besaßen das Wunderschiff am Himmel. Als letzte Station vor dem Flug in die Arktis besuchte „Graf Zeppelin“ Leningrad, wo das Luftschiff auf dem Flugplatz landete und am nächsten Morgen erneut startete. Inzwischen befindet sich das Luftschiff bereits hoch im Nordmeer.

Bankkrach in der Schweiz

Genf, 28. Juli. Die Bank S. Boveron & Co., gegründet 1881, hat heute früh ihre Schalter geschlossen. Der Bank wurde eine Nachlaststundung gewährt. Die Passiven belaufen sich auf rund 1,5 Millionen Reichsmark, welche voraussichtlich von anderen Genfer Banken übernommen werden. Die Schließung der Bank ist auf die Schließung der Banque de Geneve und die gegenwärtige Wirtschaftskrise zurückzuführen.

SA Geheimbefehl für Bürgerkrieg

München, 28. Juli. (Eig. Draht.) Den zahlreichen Geheimbefehlen der Hitler SA zur Vorbereitung des Bürgerkrieges, die der Weltbühner Landfriedensbruchprozess zu Tage förderte, reihte der Parteiführer der angeklagten Reichsbannerleute in seinem Plädoyer aus dem umfangreichen Aktenmaterial noch einen neuen SA-Geheimbefehl an, aus dem unzweifelhaft hervorgeht, daß die Nationalsozialisten planmäßig und systematisch auf blutige Auseinandersetzungen mit den Gegnern vorbereitet sind.

Der Befehl datiert vom November 1930 und trägt die harmlose Überschrift: „Anweisung für Winterarbeit“. Er ist gekennzeichnet vom Ost-Stellvertreter Bild. Ziffer 4 des Befehls lautet:

„Das Tempo der Ausbildung von Sani-Männern (Sanitätsmännern) ist zu beschleunigen. Es ist notwendig, daß jeder Sturm über mindestens 6 in den Kurien vom Roten Kreuz ausgebildeten Sani-Männern verfügt. Darüber hinaus muß es ermöglicht werden, daß aus dem Sturm weitere 10 Leute in der notwendigen Technik der ersten Hilfeleistung ausgebildet werden. Es kann — bei Transporttransporten und Sanitätsfahrten — sehr leicht vorkommen, daß bei Verletzungen irgend welcher Art ein Sani-Mann nicht gleich zur Stelle oder arbeitsfähig ist. Für diesen Fall müssen dem Sturm Hilfssanitäter zur Verfügung stehen, die zum mindesten einen sachgemäßen Ersterverband anlegen können. Jeder SA-Mann muß außerdem ein Verbandspäckchen bei sich tragen.“

„Do X“ verläßt Rio de Janeiro

Einer Meldung der Associated Press aus Rio de Janeiro zufolge hat „Do X“ das Trodenboot verlassen. Das Flugschiff überflog Rio de Janeiro und wasserte dann in der Botafogo-Bay. Der Start des „Do X“ zum Fluge nach New York ist für Freitag angesetzt.

Das Tischtier Proviantant in Flammen

CPB. Berlin, 28. Juli. Wie aus Tiffit gemeldet wird, brach heute vormittag in einem der Maazingengebäude des Proviantamtes in Tiffit Feuer aus. In kurzer Zeit fand das ganze Gebäude in Flammen.

Kunstmaler Wohlgenuth zu Gefängnis verurteilt

CPB. Berlin, 28. Juli. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Kunstmaler Walter Wohlgenuth wegen des Einbruchs in die Bibliothek des Reichstags, sowie wegen zweier weiterer Einbrüche zu einem Jahr fünf Monaten Gefängnis, drei Jahren Ehrverlust, unter Anrechnung von vier Monaten Unterbringungshaft. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt.

Bernard Shaw in Moskau

CPB. Moskau, 28. Juli. Für Bernard Shaw fand aus Anlaß seines 75. Geburtstages im Gewerkschaftshaus eine Feyer statt. Das Erscheinen G. B. Shaws löste den hitzigen Beifall der vielen Anwesenden aus.

An die, die's angeht!

Sing' auch Deutschland über alles,
über alles in der Welt,
süßen wir nicht so im Dalfes,
sondern hätten mäßig Geld.

Schönen Dank für die Ergüsse,
die ihr in die Lüfte singt,
wenn ihr eure Ueberhülle
hinterwärts ins Ausland bringt.

Von dem hohen Sonnenfingern
sieh Germania nicht die;
Pinks-Pinks muß erklingen,
das ist gute Weichmasli.

Aber diese Art Fanfaren
blaß ihr zum Erbarmen schlegt.
Wunder's euch, daß mit den Jahren
dies sich an euch selber rächt?

Vernt, o lernt die richtigen Noten,
seid vernünftig und begreift,
sonst kommt die Wut der Noten,
die euch was ganz andres pfeift!

Ferdinand Madlinger.

Volkswirtschaft

Der Abschluß der Volksfürsorge

Die Volksfürsorge, gewerkschafts-gesellschaftliche Versicherungs-V. B. Hamburg kann mit einem Gesamtüberschuss von 13,089 Millionen Mark einen beträchtlichen Rückgang für das Jahr 1930 vorlegen.

Nach Zusammenbau an die einzelnen Fonds können an die mit Gewinnanteil Berechtigten der Volksversicherung 10,654 Millionen Mark = 30 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie von rund 36 Millionen Mark verteilt werden. Auf die Berechtigten der Lebensversicherung entfallen rund 938 000 Mark. Außerdem werden den Berechtigten der Volksversicherung, die im Jahre 1923 ihre Versicherungen auf die neue Währung umstellten und somit wesentlich zur neuen Fundierung der Gesellschaft beitrugen, dagegen aus dem Ueberschuss aus dem Jahre 1924 nur einen Gewinnanteil von 10 Prozent der Jahresprämie erhalten konnten, aus Gründen der Billigkeit weitere 10 Prozent ihrer Jahresprämie = 268 638 Mark zugewiesen. Bei der Lebensversicherung beträgt diese Zuteilung 11 224 Mark. Die Versicherungsleistungen des Jahres 1930 beliefen sich auf 3,515 Millionen Mark (Volksversicherung 3,158 Millionen und Lebensversicherung 357 000 Mark). Die Volksversicherung ergab einen Ueberschuss von 12,038 Millionen Mark und die Lebensversicherung von 1,051 Millionen Mark.

Angefaßt der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Jahre 1930 muß der Verlauf des Geschäftes bei der Volksfürsorge als günstig bezeichnet werden. In der Volksversicherung gingen die abgeschlossenen Versicherungen von etwa 574 000 auf 517 000 Mark zurück. Das Storno hat den Gedanken nahe gelegt, durch eine planmäßig angelegte Aktion zu versuchen, die Wiederertragsleistung erfolgloser Versicherungen zu erreichen. Bei jeder Arbeit vertritt man sich von dieser Aktion beträchtliche Ergebnisse.

Die Leitung der Gesellschaft hat beschlossen, zum ersten Mal für das Jahr 1931 die Schreidgedächter von 20 Pfennigen für jede Prämientartei fallen zu lassen. Bei dem letzten Versicherungsbestand von über 2,15 Millionen Versicherter bedeutet das für die Gesellschaft einen Einnahmeverlust von jährlich mehr als 400 000 Mark.

In der Volksversicherung wurden im abgelaufenen Jahre 417 389 Versicherungen mit über 182,944 Millionen Mark abgeschlossen,

in der Lebensversicherung 6500 Versicherungen mit 14,65 Millionen Mark. Der Versicherungsstand betrug Ende 1930 in der Volksversicherung 2 150 723 Versicherungen mit 815,429 Millionen Mark Versicherungssumme und in der Lebensversicherung 35,964 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 75,364 Millionen Mark.

Zusammenbruch der Ideen mit der Sächsischen Staatsbank

Von zünftiger Seite erfährt S. B. Handb. d. B. Die Vermaltungen der Sächsischen Staatsbank und der Ideen (Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig) haben die Vereinfachung ihrer Interessen beschlossen. Ausgehend von der Tatsache, daß unter den heutigen Verhältnissen das Bankgewerbe Deutschlands überlastet ist, und daß ein Zusammenbruch beider Institute für das sächsische Wirtschaftsleben eine rechtliche Stütze bieten kann, als die getrennte Arbeit, erfolgt durch die Vereinfachung beider Institute, aber die schon seit längerem Erörterungen gepflogen worden sind, die Schaffung eines großen besonders leistungsstarken Bankinstituts. Es dürfte damit zu rechnen sein, daß auch andere Banken sich diesem Schritt anschließen.

Aktienbilanzen und Krise

Das Reichsstatistische Amt veröffentlicht die Abschlässe von rund 1420 Aktiengesellschaften, die in die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1930 fallen. Wir haben es mit der ersten statistischen Uebersicht über die Auswirkungen der Krise auf die Bilanzen unserer Aktiengesellschaften zu tun, die mit 11,5 Milliarden Mark etwa 80 Prozent des Nominalkapitals erfaßt, das in der deutschen Wirtschaft Ende 1930 tätig ist.

Die Aufstellung des Statistischen Amtes ergibt, daß sich der Saldo aus dem Jahresertragsgewinn und -verlust von 728 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 505 Millionen Mark verringert hat. Das bedeutet ein Abfallen der Durchschnittsdividende von 7,4 auf 5,5 Prozent. Die Vorzüge haben sich, eine Folge der niedrigeren Bewertung mit Rücksicht auf den Preissturz besonders für Rohstoffe, um 290 Millionen Mark verringert. Bei den flüssigen Mitteln liegt ein Rückgang um 97 Millionen Mark vor. Der Anlagezuwachs wird verhältnismäßig hoch mit 207 Millionen Mark angegeben; er macht aber im Jahre 1929 nur 2,4 Prozent des Anlagebestandes aus gegenüber 5,6 Prozent im Jahre 1929 und 7,4 Prozent im Jahre 1928. Die Eigenmittel, Aktienkapital und offene Reserven, sind zurückgegangen. Andererseits hat eine Fundierung der Schulden stattgefunden. Die langfristige Verschuldung hat um 1387 Millionen Mark zugenommen, während sich die kurzfristige Verschuldung um 961 Millionen Mark verringert hat.

Partei-Nachrichten

Das Protokoll des Leipziger Parteitag. Verlas J. S. M. Die Nachfolger Gmbs. Berlin, 320 Seiten. Preis geb. M. 3,00, brosch. M. 2,55. — Das Protokoll des Leipziger Parteitages der Sozialdemokratie, das nunmehr in einem fastlichen Band vom Zentralverlag der Partei vorgelegt wird, wird noch für lange Zeit für jeden politisch Interessierten ein unentbehrliches Nachschlagewerk darstellen. Verbreiteten sich doch die Referate und Debatten sämtlich über wichtige grundsätzliche Fragen der sozialdemokratischen Politik. Die vorliegende Ausgabe des Protokolls gibt sämtliche Reden in sorgfältigster stenographischer Aufzeichnung wieder. Das Protokoll, das in broschurierter Ausgabe für den billigen Preis von M. 2,55 zu haben ist, kann durch alle Volksbuchhandlungen und auch die Sekretariate der SPD. bezogen werden.

Die Karlsruher Kathauschlag vor dem Schöffengericht

Im Karlsruhe, 20. Juli. Vor dem Großen Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtsrichters Dr. Kohler (Beisitzer: Amtsgerichtsrat Baffisch; Schöffen: Frau Käthe Rutschmann, Gaggenau, und Andreas Diebold, Rottenfähr, Weisheim) begann heute vormittag die Verhandlung gegen dreiundzwanzig Angeklagte, die beschuldigt werden, an der Schlägerei, die sich anlässlich der Botaniktagung des Bürgerausschusses im Sitzungssaal des Rathauses am 11. Mai d. J. abspielte, beteiligt gewesen zu sein. In der Bürgerausschussführung war von nationalsozialistischer Seite gegenüber den Kommunisten der Ausdruck „Verbrecheranstalt“ gebraucht worden, worauf die Kommunisten fälschlich gegen die Nationalsozialisten vorzugehen. Es entwickelte sich eine regelrechte Schlägerei, die etwa eine Viertelstunde dauerte und bei der Stühle als Waffen benutzt wurden. Nach dem Tumult bot sich im Bürgerausschussungssaal ein Bild schmerzlicher Zerwürfnisse, Schläge, Tische und Tintenfüßer waren zertrümmert, ein Wandgemälde von Prof. Müller, sowie der Kronleuchter waren dabei zu Schaden gekommen. Der Schaden belief sich auf etwa 2000 Mark. Mehrere der an der Schlägerei Beteiligten hatten blutige Köpfe davongetragen.

Die Staatsanwaltschaft leitete gegen die Beteiligten ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch ein. Wegen dieser Delikte haben sich heute folgende Angeklagte zu verantworten:

1. der 41jährige verheiratete Verwaltungsassistent Ludwig Streit (NSDAP.)
2. der 37jährige Stadtrat Hermann Böning (NSDAP.)
3. der 31jährige Lehrer a. D. August Kramer (NSDAP.)
4. der verheiratete 48jährige Expedient Peter Riedner (NSDAP.)
5. der 58jährige Spartaassistent Friedrich Jäger (NSDAP.)

6. der 64jährige Stadtschreiber a. D. Otto Bunt (NSDAP.)
 7. der 28jährige ledige Elektromonteur Stefan Nagel (NSDAP.)
 8. der 34jährige verheiratete Kaufmann Ludwig Weile (NSDAP.)
 9. der 28jährige verheiratete Bankbeamte Rudolf Schindler (NSDAP.)
 10. der 41jährige Kaufmann Fritz Argus (NSDAP.)
 11. der 36jährige verheiratete Anwaltskellner Heinrich Stebach (NSDAP.)
 12. der 35jährige ledige Bierbrauer Stadtrat W. Borch (NSDAP.)
 13. der verheiratete 34jährige Arbeiter Karl Stiller (NSDAP.)
 14. der 35jährige verheiratete Arbeiter Karl Winter (NSDAP.)
 15. der 38jährige verheiratete Straßenbahnführer Bertold Niedinger (NSDAP.)
 16. der 64jährige verheiratete Stadtrat und Reichsbahnassistent Karl Bauer (NSDAP.)
 17. der 33jährige ledige Arbeiter Gustav Kappeler (NSDAP.)
 18. der 31jährige ledige Arbeiter Louis Hoffmann (NSDAP.)
 19. der 27jährige verheiratete Arbeiter Josef Schimmer (NSDAP.)
 20. der 36jährige verheiratete Gauleiter Ernst Feinmann (NSDAP.)
 21. der 22jährige ledige Maler Friedrich Stadel (NSDAP.)
 22. der 27jährige verheiratete Elektromonteur Willi Harbrecht (NSDAP.)
 23. der 34jährige verheiratete Gerber Friedrich Preuss (NSDAP.), sämtliche aus Karlsruhe.
- Die Anklage vertritt Staatsanwalt Heim. Die Verteidigung der Angeklagten Kramer und Riedner liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Knaub und Dr. Friedberg. In der Verhandlung sind 18 Zeugen geladen.

Zwischen den einzelnen Vorführungen nahm der Vorstand der Freien Turnerschaft Gulach im Auftrag des Bundesvorstandes die Führung des Sporigenossen Otto Creidenweiss vor, der für 25jährige Mitgliedschaft die silberne Bundesnadel verdienen erhielt. Vom Arbeitergelandereien Freundschaft wurden einige sehr nette Lieber vorgelesen. Möge die Veranstaltung besser beitragen, der Arbeiterportbewegung neue Mitglieder und Gönner zuzuführen. Insbesondere an die Eltern richten wir die Bitte, ihre Kinder in die Reihen der Arbeiterportbewegung einzutreten zu lassen, damit deren Körper und Geist für ihre Lebensaufgabe vorbereitet werden, um dieselbe im Sinne des Sozialismus lösen zu können.

Letzte Nachrichten

Jugenberg baut auf Ihalmann
Jugenberg, der Bundesgenosse der NSD, hat am Dienstag zum Volkstentseid einen Aufruf an sein Volk erlassen, an dem folgende Partie von allgemeinem Interesse ist: „Mancher hat bisher an Erfolgen des Stahlhelm-Volksbundes gewöhnt. Es schien ausgeschlossen, die Hälfte der vormaligen Stimmberichtigungen für irgend einen Volkstentseid auf die Beine zu bringen. „Das ist jetzt anders.“

Französisches Geld an Ungarn
Gegen politische Garantien
Paris, 20. Juli. (Bunddienst). Der ungarischen Regierung wird schon in den nächsten Tagen von der Bank von Frankreich und anderen Staatsbanken ein sieben Millionen-Franc-Kredit zur Verfügung gestellt werden. Die französische Staatsbank ist an diesem Kredit allein mit 40 Prozent beteiligt. Wie verlautet, hat er rein politischen Charakter. Ungarn hat sich anlässlich der Französischen Propaganda verpflichtet und zugleich eine Verminderung seines Militärbudgets zuzugestimmen.

Amerikas Krisenbekämpfung
Washington, 20. Juli. Der Arbeitersekretär erklärte heute, die Politik der Regierung sei auf das Festhalten an jeder Lohnsenkung gerichtet.

2 Millionen Unterzeichner der Friedenspetition in Holland
Amsterdam, 20. Juli. (Eis. Draht). Die Gesamtzahl der holländischen Unterzeichner der Friedenspetition der ausländischen Tagespresse für die Genfer Abrüstungskonferenz für das Jahr 1932 wird auf 2 Millionen geschätzt, das bedeutet, daß die Hälfte aller Wahlberechtigten sich für die internationale Abrüstung ausgesprochen hat.

Kurzes Zwischenspiel in Chile
Der provisorische Präsident von Chile, Opazo, der am Sonntag nach dem kurzfristigen Rücktritt des Präsidenten Ibáñez die Regierung übernahm, ist bereits nach einer zehntägigen Herrschaft auf Drängen der Volksmassen wieder zurückgetreten. Daraufhin übernahm der frühere Innenminister und nach dem Rücktritt von Ibáñez zum Premierminister ernannte Montero die Präsidentschaft. Im Lande herrscht vollkommene Ruhe. Expräsident Ibáñez ist nach Argentinien geflohen.

Munitionsfunde im Biber
NSD. Löwenberg, 20. Juli. Am Montag fanden habende Personen im Biber vier Risten mit 400 Schuss Gewehrmunition. Man glaubt, daß die Munition erst ein oder zwei Tage an dieser Stelle liegt, da die Risten noch nicht verlandet und das Pulver in den Risten noch vollständig trocken war. Die Risten enthielten auch Revolvermunition.

Zur Gesichts-Bräunung
aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwendbar
seltlich in roter Packung
festhaltig in blauer Packung. — Tube 60 Pf. und 1/2 Liter. Unterliegt durch Verordnung des Reichsgesundheitsamtes dem Verbot der Verkaufsförderung.

Beispielen wie sich die Notverordnung bei diesen armen Menschen auswirkt. Genosse Beck vertritt die Ansicht, daß man das Wohl des ganzen Volkes im Auge behalten müsse. Genosse Weder zog Vergleiche zwischen den Beamten und der Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeitslosen. Genosse Schwobentz betrachtete die Notverordnung vom Standpunkte des Kleinrentners und ist ebenfalls der Ansicht, daß alle Teile des Volkes Opfer bringen müssten. Gen. Kuller ging im Schlußwort auf alle Fragen ein, die in der Aussprache aufgeworfen wurden. Er glaubt die Verantwortung für seine Zustimmung zur Notverordnung voll übernehmen zu können, weil durch sie dem badiischen Lande und Volk gebient ist. Kuller Beifall lobte die Ausführungen. Genosse Schulenburg dankte dem Genossen Kuller für seinen Vortrag und schloß nach 12 Uhr die Versammlung.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Mittwoch, den 20. Juli, findet eine Wiederholung der beliebtesten und erfolgreichsten Operette „Die Hofe von Stambul“ von Leo Fall statt, der nach wie vor großes Interesse entgegengebracht wird. Die Vorstellung beginnt um 10 Uhr. Näheres ist aus der Tagesanzeige zu ersehen.

Beamtenerholungsheim. In der heutigen wirtschaflich so schweren Zeit ist es mehr denn je Aufgabe der Beamtenverbände, ihren Mitgliedern auch die Möglichkeit zu bieten, während des Urlaubs abseits aller Getriebes der Großstadt die Herzen von sich und ihren Angehörigen bei erholungsreichen Reisen in Ordnung bringen und für den Dienst wieder fähig zu machen. Eine derartige, geradezu ideale Gelegenheit bietet der Badische Beamten- und Kommunalbeamten in seinem Erholungsheim Schloss Hornberg (badischer Schwarzwald). Auch sonstige Gäste sind herzlich willkommen. Man muß dieses einzigartige Erholungsheim Baden und den Aufenthalt dort mit der ausgedehnten Verpflegung und der Pflege der Verwaltung gefolgt haben, um das Erlebnis nie wieder vergessen zu können. Eine große Anzahl Beamter, namentlich weiterer Beamtergenossen (schöner Zimmern, hübsche Freizeitanlagen, herrliche Gärten, herrliche Aussicht am See nach dem Hochschwarzwald (Zellerbach, Titisee, Freiburg), nach dem Bodensee usw. bieten die Möglichkeit größter Zerstreuung. (Siehe besondere Anzeige in der gestrigen Ausgabe).

Grenzen des Gelangens „Kassalka“. Bereanungen Samstagabend halb 8 Uhr trafen sich im Lokal „zum Elefanten“ die Mitglieder der „Kassalka“, um im internen Kreise, trotz der Not, einige frohe Stunden zu verleben. Der eigentliche Grund der Zusammenkunft war der, diejenigen aktiven und passiven Mitglieder, die in den letzten Wochen ein weiteres Jahrseht ihres Lebens zurückgelegt haben oder ein jüngeres Jubiläum feiern konnten, zu ehren. In seiner Begrüßungsansprache hob der 2. Vorstand, Bernauer, hervor, daß derartige Veranstaltungen den Mitgliedern Gelegenheit geben, den so notwendigen Kontakt und das gegenseitige sich Verstehen zu fördern. Den zahlreich erschienenen Jubilaren wünschte er, daß ihnen auch in Zukunft das Glück und die Gesundheit beschieden möge, damit ihnen auch weiterhin Gelegenheit gegeben ist, frohe Stunden im Familien- und Freundeskreise zu verleben. Das reichhaltige und abwechslungsreich zusammengestellte Programm sorgte dafür, daß keine Langeweile aufkam. Ein besonderes Lob verdiente das humoristische Quartett, dessen Vorträge wahre Lachsalven hervorrief. Auch die Sangeslieder von Jos und Gage sowie die Hauskapelle haben das Programm durch ihre Darbietungen bereichert, was von den Anwesenden dankend anerkannt wurde. Nur allzu schnell flog die Zeit dahin und die eingetretene Polizeistunde machte diesem wohlgeleiteten Abend leider ein zu frühes Ende.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle
Auf der Straßenkreuzung Kriegs- und Kirchstraße stieß gestern nachmittags ein in südlicher Richtung durch die Kirchstraße fahrender Motorabfahrer mit einem in westlicher Richtung durch die Kriegsstraße fahrenden Personentransportwagen zusammen, daß der Motorabfahrer das Vorfahrtsrecht verlor. Beide Fahrzeuge sind beschädigt worden. Der Motorabfahrer war nicht im Besitze eines Führerheimes, das Kratrad wurde vorläufig sichergestellt. — Ebenfalls durch Verletzung des Vorfahrtsrechtes und zu schnelles Fahren kollidierte gestern abend ein in östlicher Richtung durch die Söfenstraße fahrender Personentransportwagen mit einer in nördlicher Richtung durch die Westendstraße fahrenden Kraftdroschke. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. — An der Straßenkreuzung Kreis- und Söfenstraße stieß gestern abend ein Lastkraftwagen, dessen Führer anscheinend nicht die nötige Vorsicht auf die Fahrbahn richtete, mit einem vor ihm fahrenden Müllkraftwagen zusammen, der im Begriff war, umzukehren und seinen Richtungswechsel richtig einzustellen hatte, zusammen zu stoßen. — Der Führer des Müllkraftwagens wurde nicht zu Schaden gekommen, weil er beim Zusammenstoß die nötige Vorsicht außer Acht ließ und dadurch mit einem von der Rheinstraße in die Erbbergsstraße einbiegenden Straßenbahnzug der Linie 2 zusammenstieß. Der Lastkraftwagen ist beschädigt worden, an dem Straßenbahnzug entstand leichter Sachschaden. Personen sind nicht verletzt worden. — In der Hauptstraße in Durlach kollidierte ebenfalls ein Personentransportwagen durch Überachtung der nötigen Vorsicht mit einem Straßenbahnzug der Linie 1. Es ist leichter Sachschaden entstanden.

Betrug
Zur Anzeige gelangte ein 27 Jahre alter Firmenvertreter, weil er von seiner Firma in verschiedenen Fällen dadurch Geld erschwindelte, daß er Aufträge fingiert hat.

Diebstähle
Ein Anstellter eines hiesigen Warenhauses, der seiner Firma verschiedene Waren entwendet hat, wurde vorläufig festgenommen. Der Täter ist gefänglich. Ein Teil der entwendeten Gegenstände konnte wieder beigebracht werden. — Ferner ist ein Fahrraddiebstahl festgenommen worden. — Im Laufe des gestrigen Tages sind fünf Fahrräder gestohlen worden, von einem Fahrrad wurde die elektrische Lichtanlage entwendet. Zwei Fahrräder sind aufgefunden worden. — Zur Anzeige gelangte eine 21 Jahre alte Hausangestellte, die ihrer Arbeitgeberin verschiedene Kleidungsstücke im Gesamtwert von etwa 80 Mark entwendet, sowie deren Liebhaber, der bei einer in demselben Hause wohnenden Frau zwei Anlässe erschwindelt hat.

Lausbereiten
Gestern abend entstand in der Karl-Friedrich-Straße beim Konbellen ein Aufruf hauswirtschaftlicher Junger Burden, als die Polizei gegen eine Einzelperson wegen Widerwilligkeit einschreiten mußte. Die Ordnung ist sofort wieder hergestellt worden. — In der Nacht zum 20. Juli um halb 3 Uhr wurde ein an dem Gloripalast angebrachtes große Reklamemat für den Film „Im Westen nichts Neues“ von bis jetzt noch nicht ermittelten Tätern heruntergerissen.

Bulach
Die Werbeveranstaltung der Freien Turnerschaft, die vergangenen Sonntag stattfand, erfreute sich trotz der ungünstigen Witterung und der schlechten Wirtschaftslage eines verhältnismäßig guten Besuchs. Insbesondere war die Jugend stark vertreten. Die sportlichen Darbietungen wurden von den Handballabteilungen Bulach — Darlanden eröffnet. Das Spiel, das von Anfang an durch Veranlassung der Darlander Sportgenossen sehr scharf geführt wurde, endete mit dem Ergebnis 3:6 für Bulach. Den sportlichen Erziehung anzueignen. Nachher trafen sich Mühlburg und Götzingen. Letztere Mannschaft trat mit mehreren Entleerten an. Das Spiel wurde einmündig ausgetragen und endete zu Gunsten Mühlburgs mit 7:1. Abschluß folgten die turnerischen Aufführungen aller Sportabteilungen, die auf beachtlicher Höhe standen. Aufgefallen ist die in ihrem Wachen besessene Schuler- und Frauenabteilung.

Genoffinnen und Genossen! Beteiligt euch vollständig an der zur Zeit stattfindenden Flugblattverbreitung.
Arbeiterportier, Arbeiterfänger, insbesondere aber Arbeiterjugend, machet euch zur Entgegennahme weiterer Informationen bei den Ortsvereinsvorsitzenden, in den Städten bei den Bezirksvorsitzenden! Das Parteisekretariat.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Die Soz. Frauengruppe Grünwinkel hat heute, 20. Juli, abends 8 Uhr, im Klubhaus Zusammenkunft aus Anlaß der Wilschleider der Gen. Böhlinger.
Rintheim. Samstag abend 8 Uhr findet im „Hirsch“ eine Parteiverammlung mit Vortrag statt. Es ist notwendig, daß alle Parteimitglieder erscheinen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
Mit der bei uns eingebrungenen Kaltefront hat sich nach Westen ein Hochdruckfeld nach dem mitteleuropäischen Festlande vorgeschoben, durch dessen Einfluß die Niederschläge bei uns nachgelassen haben. Die Besserung wird auch morgen anhalten.

Wasserstand des Rheins
Böfel 230, gest. 60; Waldshut 402, gest. 42; Schusterinsel 202, gest. 55; Rehl 387, gest. 17; Maxau 558, gest. 5; Mannheim 485, gest. 12 Zentimeter.

Veranstaltungen

- Mittwoch, 20. Juli:
- Städt. Konzerthaus: Die Hofe von Stambul. 10 Uhr.
 - Stadigarten: Streichkonzert. 16-18 1/2 Uhr.
 - Gloria-Palast: Im Westen nichts Neues.
 - Kammer-Musik: Das Mädchenst. Die verschwundene Frau.
 - Palast-Bühnen: Das Lied ist aus. Landestheaterfilm.
 - Rehens-Bühnen: 2 Herzen im 4-Part.
 - Schauburg: Im Westen nichts Neues.
 - Union-Theater: Frauennot — Frauenleid.
 - Bad. Landesgewerksamt: Ausstellung Arbeitsloß und Arbeitslos. Kom. 18. Juli bis 16. August 1931.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielmannszug: Mittwoch, 20. Juli, keine Probe.

Auskünfte der Redaktion

Gesamtheit. Es bleibt Ihnen nichts anderes übrig, wie den Vorstand auf Schadenersatz zu verklagen. Auf andere Weise dürften Sie kaum zu Ihrem Gelde kommen.

Vereinsanzeiger

Die zu 4 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 6 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 8 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 10 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 12 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 14 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 16 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 18 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 20 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 22 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 24 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 26 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 28 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 30 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 32 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 34 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 36 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 38 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 40 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 42 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 44 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 46 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 48 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 50 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 52 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 54 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 56 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 58 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten
Der zu 60 Seiten, 60 Pf. 16 Seiten

Karlsruhe. NSD. Karlsruhe. Am nächsten Sonntag Straßenammlung. Samstag abend Versammlung und Sammelbüchchenausgabe ab halb 8 Uhr im „Salmen“. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. 8889

Chefredakteur: Georg Schöpfli. Verantwortlich: Volkst, Freistat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten; E. Gräner, Damm; Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badiische Chronik, Aus Mitteilungen, Durlach, Berichtsetzung, Penktion, Die Welt der Frau; Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindeblatt, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Kustänze; N. Winter, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Schmittweg wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

